

KINDERSTÄDTE ALS ORTE DER PARTIZIPATION – AUCH IN CORONA-ZEITEN?

Ulrich Deinet; Lisa Scholten

Zusammenfassung | Kinderstädte sind temporäre Spielaktionen, deren Grundidee es ist, unter starker Partizipation von Kindern eine Stadt zu gestalten und nachzuspielen. Eine wichtige Rolle in dem Kinderstadtsystem spielen von Kindern gestaltete Werkstätten und eine „Kommunalpolitik“ mit Wahlen, Versammlungen, Rat und Bürgermeister:innen. Im Beitrag werden Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung der Kinderstädte in Nordrhein-Westfalen auch in der Corona-Zeit dargestellt.

Abstract | The basic idea behind children's cities is to provide children a space where they can design and enact their own model of a city. The emphasis is placed on enabling children to create their own local governance, including voting for a mayor and the city council, as well as to design small businesses and cultural activities. This in turn creates exciting opportunities for a child to learn how to be an active participant in society. Considering the impact of the current pandemic, this text presents findings of the scientific monitoring of the children's cities in North Rhine-Westphalia.

Schlüsselwörter ► Kind ► Partizipation
► politische Bildung ► Covid-19

1 Kinderstädte: eine Idee, aber ein breites Spektrum unterschiedlicher Konzepte | Spielstädte sind temporäre, meist in den Sommerferien stattfindende Spielaktionen in Schulen oder anderen öffentlichen Gebäuden (wie Messehallen) oder im öffentlichen Raum (wie in Parks), oft in Kombination mit Zelten und selbst gebauten „Häuschen“, die von Kindern weitgehend mitgestaltet werden und die durch spezielle Arrangements von Sozialformen, Angeboten, Gebäuden und Institutionen charakterisiert sind. Die Grundidee ist, eine Stadt mit allem, was dazu gehört, nachzuspielen und zu gestalten. Die erste Spielstadt in Deutschland, die bis heute alle zwei Jahre stattfindet, ist „Mini-München“ (Grüneis/Zacharias 1989, *Kultur & Spielraum* e.V. 2020). Sie gilt

Jugendverbandsarbeit. In: Polat, Ayça (Hrsg.): Migration und Soziale Arbeit. Stuttgart 2017, S. 153-164

Chehata, Yasmine: „Und sie engagieren sich doch“. Engagement von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihre Vereine und Verbände anerkennen. In: Thimmel, Andreas; Chehata, Yasmine (Hrsg.): Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft. Schwalbach am Taunus 2015, S. 155-168

Fraser, Nancy: Die halbierte Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 2001

Greschner, Deniz: Muslimische Jugendarbeit in Deutschland. Kritische Überlegungen zur dominierenden Präventionslogik. In: Perspektiven 2/2020, S. 19-34

Hero, Markus; Krech, Volkhard; Zander, Helmut (Hrsg.): Religiöse Vielfalt in Nordrhein-Westfalen. Paderborn 2008

Honneth, Axel: Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt am Main 1992

Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheit in Deutschland. Wiesbaden 2005

Jagusch, Birgit: Praxen der Anerkennung: „Das ist unser Geschenk an die Gesellschaft“. Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zwischen Anerkennung und Exklusion. Schwalbach am Taunus 2011

Jagusch, Birgit: Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zwischen Exklusion und Anerkennung. In: Ottersbach, Markus; Steuten, Ulrich (Hrsg.): Jugendkulturen. Oldenburg 2013, S. 110-127

Nagel, Alexander: Religion und Soziale Arbeit. In: Migration und Soziale Arbeit 4/2020, S. 292-301

Nofal, Lydia: Bündnis für muslimische Jugendarbeit. In: RAA e.V. (Hrsg.): Muslimische Jugendarbeit. Berlin 2019 (<https://www.jugendarbeit-staerken.de/wp-content/uploads/2019/11/musl-Jugendarbeit-Extrem-demokratisch-2015-2019.pdf>; abgerufen am 21.1.2021)

Sammet, Kornelia; Breuer, Marc: Editorial. Religiöse Akteure als Anbieter von sozialen Dienstleistungen im Wohlfahrtsstaat. In: Zeitschrift für Religion in Gesellschaft und Politik 3/2019, S. 199-210

Schlamelcher, Jens: Religiöse Organisation. In: Pollack, Detlef; Krech, Volkhard; Müller, Olaf; Hero, Markus (Hrsg.): Handbuch Religionssoziologie. Wiesbaden 2018, S. 489-506

Schramkowski, Barbara: Paradoxien des »Migrationshintergrundes«. Von vorder- und hintergründigen Bedeutungen des Begriffes. In: Blank, Beate et al. (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Wiesbaden 2018, S. 43-51

Schaffer, Johanna: Ambivalenzen der Sichtbarkeit. Über die visuellen Strukturen der Anerkennung. Bielefeld 2008

Streeck, Wolfgang: Vielfalt und Interdependenz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 39/1987, S. 471-495

Uehlinger, Christoph: Coming Out – zum Verhältnis von Sichtbarmachung und Anerkennung im Kontext religiöser Repräsentationspraktiken und Blickregimes. In: Lüddeckens, Dorothea; Uehlinger, Christoph; Walthert, Rafael (Hrsg.): Die Sichtbarkeit religiöser Identität. Zürich 2013, S. 139-162

Young, Iris Marion: Inclusion and democracy. Oxford/New York 2000

als Vorbild für zahlreiche ähnliche Spielstädte in Deutschland, zum Beispiel dem „Düsseldörfchen“. Auch in Österreich wird die Kinderstadt „Mini-Salzburg“ (Burgstaller 2005) vom Verein Spektrum regelmäßig durchgeführt.

Bei einem Treffen von Vertreter:innen aus 15 Kinderstädten in Nordrhein-Westfalen (NRW) im November 2019 wurde das breite Spektrum unterschiedlicher Formate, Konzepte und Orte der Kinderstädte deutlich, bei denen es zahlreiche Varianten gibt, die aber insgesamt einem gemeinsamen Konzept einer Kinderstadt angehören. Dieses Treffen fand im Rahmen einer mehrjährigen, multimethodischen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Kinderstädte statt, deren Ergebnisse Grundlagen des vorliegenden Textes bilden.

1-1 Orte und Formate | Das Spektrum der Austragungsorte ist breit: sieben der 15 Kinderstädte werden in Schulgebäuden beziehungsweise auf Schulgeländen durchgeführt, während andere Kinderstädte, wie das „Düsseldörfchen“, weitgehend im Freien unter Einbeziehung von Zelten und ähnlichem durchgeführt werden. Schulen spielen als Kooperationspartner:innen insgesamt eine wichtige Rolle bei der Gestaltung. Insbesondere die Schüler:innen der offenen Ganztagschulen sind vielfach Zielgruppe der Kinderstädte und die Institutionen beteiligen sich mit ihren jeweiligen Fachkräften in den Sommerferien auch deshalb, um eigene Ferienangebote so besser zu konzentrieren.

Oft sind die Kinderstädte Teil der jeweiligen Ferienprogramme der Kommunen. Die Kinder werden zum großen Teil über diese Ferienprogramme angemeldet. Interessant ist auch hier das breite Spektrum: von einer völlig offenen Anmeldung bis hin zu einer Struktur mit Kontingenten, zum Beispiel für Kinder mit Handicaps oder Kinder mit Fluchthintergrund. In einigen Kinderstädten werden auch feste Plätze für Kooperationspartner:innen wie zum Beispiel die Lebenshilfe vorgehalten oder Notfallplätze für akuten Betreuungsbedarf. Bis auf wenige Ausnahmen liegt die Altersspanne der Kinder, die Kinderstädte besuchen, bei sechs bis zwölf Jahren.

Da alle Spielstädte auf eine große Zahl von Mitarbeiter:innen angewiesen sind, zeigen sich temporäre Lösungen für den jeweiligen Zeitraum der Kinderstädte, zum Beispiel werden Studierende als Honorar-

kräfte eingesetzt. Auch werden Ehrenamtliche gewonnen: das sind zum einen klassische Ehrenamtliche aus Jugendverbänden aber auch Erwachsene oder Senior:innen, die sich einmal im Jahr in einer Kinderstadt engagieren. Auch die Stadtverwaltungen sind oft einbezogen mit einzelnen Ämtern (zum Beispiel dem Gartenamt). Manchmal werden zudem freischaffende Künstler:innen engagiert, und es gibt auch Kooperationen mit Fachschulen, die ihre Schüler:innen in die Kinderstädte einbringen und damit ein Praxisfeld erschließen. Besonders interessant ist auch das Potential von älteren Kindern sowie Jugendlichen, die als Kinder die Kinderstädte besucht haben, und jetzt für eine Teilnahme zu alt, aber weiterhin interessiert sind. Diese mit einzubeziehen wird an einigen Stellen versucht.

Auch im Grundkonzept ist das Spektrum der Kinderstädte breit: Es rangiert von der Idee der Kinderstadt als Planspiel einer realistischen Stadt bis zur Gestaltung der Kinderstädte nach den Wünschen und Ideen der Kinder und dabei auch Fantasie-Elemente zu ermöglichen. Bei den meisten der 15 Kinderstädte sieht es so aus, dass eine Stadt möglichst realistisch nachgespielt werden soll. So gibt es in den Kinderstädten oft auch Währungen, meist auch eine Regierung, gewählte Bürgermeister:innen, manchmal auch Parteien. Arbeitsämter, Werkstätten und die Möglichkeit für die Kinder, eigene Firmen zu gründen und damit Geld zu verdienen, gehört bei vielen Kinderstädten mit dazu. In zwei der 15 Kinderstädten gibt es auch ein Grundeinkommen, so dass die Kinder dort nicht unbedingt „arbeiten“ müssen. Das einheitliche Format der Kinderstädte besteht vor allen Dingen im Stadtleben, der Arbeitswelt mit Workshops, Betrieben, Festen, aber auch Freizeiten, Spielaktionen und Ausflügen.

1-2 Politik und Selbstbestimmung der Kinder | Eine Vielzahl der Kinderstädte verfügt über einen Stadtrat mit Bürgermeister:innen, manchmal auch einer kleinen Stadtverwaltung, die ein Budget verwaltet, das über Steuern eingenommen wird. In einigen Kinderstädten wird wöchentlich eine neue Stadtregierung gewählt. Zum gemeinsamen Format gehört auch, dass Eltern die Spielstädte nur bei besonderen Gelegenheiten, wie Führungen oder Markttagen besuchen dürfen, ansonsten aber nicht in den Kinderstädten anwesend sein dürfen. Gemeinsam ist allen Kinderstädten zudem eine Vielzahl von Werk-

stätten, die auch zum Teil von externen Partner:innen realisiert werden, das können lokale Firmen oder Sponsoren sein, städtische Ämter, Institutionen wie das Krankenhaus, die Stadtbücherei, die Zeitung oder auch Partner:innen aus der Erlebnispädagogik.

Die meisten Kinderstädte haben ein ausgeklügeltes System, wie und wie lange die Kinder in den einzelnen Werkstätten arbeiten können und wie sie diese auch wechseln können (oft über das Arbeitsamt). Von den 15 Kinderstädten, die an dem Treffen teilgenommen haben, wurden 3.200 Plätze im Jahr 2019 für teilnehmende Kinder realisiert und 355 Mitarbeiter:innen wurden genannt, wobei nicht alle Kinderstädte Angaben zu diesem Thema machten.¹

Eine wichtige Kooperation besteht auch mit Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, in einem Fall tritt ein Jugendzentrum sogar selbst als Veranstalter einer Kinderstadt auf. Sonst sind es meist Jugendämter, kirchliche Jugendreferate oder ähnliche Organisationen, die Kinderstädte ausrichten, manchmal auch Organisationen, die sich speziell zum Zwecke der Realisierung der Kinderstadt in einem Verein oder als Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben.

Kinderstädte – so ein Ergebnis des Treffens – haben doch ein gemeinsames Format, ein gemeinsames Grundkonzept, in dem es aber große Varianten gibt. Sie sind als Kinderstädte erkennbar und der Übergang zu anderen Formen von Ferienbetreuungsangeboten ist doch deutlich. Interessante Einzelaspekte ergeben sich, die in Zukunft vielleicht auch untersucht werden könnten, zum Beispiel die Frage der Teilnehmendenauswahl oder die Inklusivität der Kinderstädte, die Rolle der Eltern, die Kooperation mit nicht-pädagogischen Institutionen und Betrieben, die nochmal einen völlig anderen Charakter in die Arbeit hineinbringen, sowie die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und ehrenamtlicher Organisationen und Menschen. Ebenso stellt das Thema „Politik“ in Kinderstädten ein weiteres Feld dar, welches zukünftig verstärkt erforscht werden kann. Neben den hier angesprochenen politischen Formaten, die sich stark auf einen repräsentativen Politikbegriff mit parlamentarischen Systemen beziehen, sollte der Blick geöffnet werden für weitere Möglichkeiten der Einflussnahme und Ausgestaltung sowie der aktiven Teilnahme der Kinder und Jugendlichen am Gemeinwesen.

¹ Quelle: Treffen von Vertreter:innen aus 15 Kinderstädten in Nordrhein-Westfalen (NRW) im November 2019 an der Hochschule Düsseldorf.

2 Wirkungen der Kinderstädte aus unterschiedlichen Perspektiven |

Im Rahmen der mehrjährigen multimethodischen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Kinderstädte untersuchte die *Forschungsstelle Sozialraumorientierte Praxisforschung und Entwicklung* (FSPE) der Hochschule Düsseldorf im Rahmen zweier Lehrforschungsprojekte in den Jahren 2017 und 2018 Kinderstädte in NRW.

Hierzu wurde ein multimethodisches Forschungsdesign angelegt und verschiedene Perspektiven von Akteur:innengruppen wurden einbezogen, um einen möglichst breiten Blick auf die Kinderstädte zu erhalten. Zu den Erhebungsmethoden, vor allem aus dem Repertoire der sozialräumlichen Analyse- und Beteiligungsmethoden (Deinet 2012), gehörten subjektive Landkarten, teilnehmende Beobachtungen und Kurzfragebögen mit teilnehmenden Kindern und Jugendlichen sowie Fragebögen mit Angehörigen (beispielsweise Eltern), leitfadengestützte Einzel- und Gruppeninterviews mit ehemaligen Teilnehmenden sowie Einzel- und Gruppeninterviews und ein online-gestützter Fragebogen mit Mitarbeiter:innen, welche in Anlehnung an Mayring inhaltsanalytisch ausgewertet und zusammengefasst wurden (Mayring 2015).

Aus den Ergebnissen lässt sich zunächst insgesamt eine (hohe) Zufriedenheit unter den unterschiedlichen befragten Personengruppen ablesen. Bei den (ehemaligen) Teilnehmer:innen basiert diese beispielsweise darauf, dass die Inhalte und die Ausgestaltung der Angebote und Aktionen ihnen „Spaß“ machen, sie „cool“, „schön“ oder „lustig“ sind, oftmals ihre Interessen treffen und vielfältig sind. Zudem spielt eine Rolle, dass sie persönlich Einfluss darauf haben, was gemacht wird, und, dass sie größtenteils selbständig agieren können: „Für mich war das die Zeit im Jahr wo ich wirklich machen konnte was ich wollte und wo ich Lust drauf hatte“ (Interviewauszug einer ehemaligen Teilnehmerin, Interview 3, Z. 87-99). Des Weiteren werden die Gemeinschaft beziehungsweise die gemeinsame Zeit und die Aktionen mit den anderen Teilnehmer:innen positiv herausgestellt und neue Freundschaften können entstehen.

Unzufriedenheit entsteht bei den Kindern und Jugendlichen hingegen dann, wenn (Arbeits-)Bereiche „zu voll“ oder „langweilig“ sind, Aufgaben zu kompliziert, Betreuer:innen „streng“ beziehungsweise „unfreundlich“ sind oder, wenn die eigene Arbeit

nicht zielführend ist, beispielsweise ein geschriebener Zeitungsartikel nicht gedruckt wurde. Zudem sind einige Befragte mit der Verpflegung nicht zufrieden („Essen [hat] nicht geschmeckt“). Zusammenfassend ist aber erkennbar, dass ein Großteil der Teilnehmenden erneut an Kinderstädten teilnehmen wollen beziehungsweise wollten.

Von Seiten der Eltern und Angehörigen wird die Zufriedenheit primär mit der Organisation der Veranstaltung und den Inhalten der Angebote in Zusammenhang gebracht sowie der Tatsache, dass die Kinderstadt eine gute Betreuungsmöglichkeit während der Schulferien darstellt. Des Weiteren zeigen die Ergebnisse, dass Kinder und Jugendliche in der Regel viele Erfahrungen bei ihrer Teilnahme sammeln und vor Ort an unterschiedlichen Angeboten beziehungsweise Aktionen partizipieren. So geben die Teilnehmer:innen oftmals an, dass sie während ihres Aufenthaltes verschiedene (Arbeits-)Bereiche – zum Beispiel Autowerkstatt, Bistro, Bank, Rathaus, Designatelier, Schreinerei, Sportverein, Theater, Zeitung – aufsuchen, ausprobieren und nutzen. Hierdurch entdecken sie Neues und können verschiedene (neue) Fähigkeiten erlernen und (neue) Interessen entwickeln, wie beispielsweise: Filme drehen, Computer programmieren, Zeitungsartikel schreiben, Nähmaschinen oder Sägen bedienen, Yoga oder Jonglieren ausprobieren, ein Konto eröffnen oder (politisch) Verantwortung übernehmen.

Basierend auf den Ergebnissen kann davon ausgegangen werden, dass sich die Teilnahme an der Kinderstadt positiv auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auswirkt beziehungsweise auswirken kann. So berichten beispielsweise die ehemaligen Teilnehmer:innen, dass sie ihre sozialen Kompetenzen – unter anderem Teamfähigkeit, Toleranz, Offenheit – durch die gemeinsame Arbeit ausgebaut haben. Zudem fördert der Aufenthalt das Selbstbewusstsein vieler Befragter. So wurde unter anderem erlernt, „zu sagen, was man will“ und die eigenen Ideen einzubringen. Das Gefühl, dass man „ernst genommen“ wird und, dass einem „alles zugetraut“ wird, bleibt positiv in Erinnerung. Des Weiteren kann zumindest vermutet werden, dass die Teilnahmen an der Kinderstadt auch Einfluss auf den beruflichen Werdegang nehmen, da in einigen Fällen die in der Kinderstadt entdeckten Interessen und Fähigkeiten auch im späteren Beruf eine Rolle spielen.

Aus Sicht der Eltern und Angehörigen zeigen sich (positive) Effekte der Teilnahme unter anderem darin, dass Kinder Neues erlebt haben und „etwas für die Zukunft lernten“ oder „Wissen und ihre Vorlieben einbringen und erweitern“ konnten. Auch berichtet ein Großteil der Eltern und Angehörigen, dass die Kinder ihre Verhaltensweisen verändern, beispielsweise soziale Kompetenzen erweitern oder neugieriger werden.

3 Kinderstädte als Orte von Partizipation und politischer Bildung | Die skizzierten Ergebnisse zeigen auf, dass Kinderstädte durch ihre offene, partizipative Konzeption ein vielfältiges Angebot schaffen und Kinder und Jugendliche durch das Einbringen ihrer Ideen und das selbständige Agieren vor Ort stark beteiligen. Zudem, so die Annahme, sind Kinderstädte ein zentraler Ort der politischen Bildung, unter anderem dadurch, dass sie das Demokratieverständnis fördern und positiv besetzen (können). Kinderstädte können beziehungsweise sollen neben anderen Feldern, in denen politische Bildung vermittelt werden soll, wie Schule (beispielsweise Politikunterricht), Familie (beispielsweise politische Sozialisation) oder dem öffentlichen Raum/der Kommune (beispielsweise Kinder- und Jugendparlamenten) agieren und die politische Bildung jenseits dieser Felder, die oftmals unter einem starken Einfluss von Erwachsenen stehen, voranbringen (Knauer; Sturzenhecker, 2016).

Hierzu existieren in vielen Kinderstädten gewählte Kinderparlamente mit Bürgermeister:innen, Stadträten, Parteien und einer Art Stadtverwaltung mit Ämtern. Eingebettet sind diese oftmals in einem demokratischen System, welches durch Parteien, Wahlprogramme, Wahlen, Regierungsbildungen oder offene Versammlungen wie Stadtratssitzungen die reale Welt abbilden soll. Damit stehen Kinderstädte auch in der Tradition reformpädagogischer Bemühungen, die versuchen, die Stadt als politischen Ort zu beleben und entsprechende Strukturen einzuführen (Kamp 1995). Oft werden die „politischen Systeme“ der Kinderstädte aber „gut gemeint“ von den Erwachsenen vorgegeben oder zumindest initiiert und bewegen sich damit weit weg von der Idee einer „freien Kinderstadt“.

Politische Strukturen in den Kinderstädten müssen nicht nur geschaffen, sondern diese auch von den Kindern genutzt werden. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung deuten darauf hin, dass dies

stattfindet. So geben die meisten befragten Teilnehmer:innen an, sich an den Wahlen zu beteiligen und bewerten die Bürgermeister:innenwahl als „wichtig“. Zudem finden sich Hinweise, dass auch ein politisches Leben vor Ort stattfindet. So wird von Wahlkämpfen mit mehreren Parteien und Wahlprogrammen berichtet oder von kritischen Berichterstattungen über amtierende Bürgermeister:innen in der Zeitung.

Insbesondere ehemalige Teilnehmer:innen verweisen in den Interviews auf ihre Erfahrungen der politischen Partizipation, unter anderem, dass sie durch die Wahl von Parteien oder Bürgermeister:innen erstmals demokratische Strukturen verstanden haben oder, dass sie positive Erfahrungen beim Demonstrieren machten, weil diese Auswirkungen auf die Regierungsentscheidungen hatten. Zudem wurde sichtbar, dass eine funktionierende Sozialpolitik wichtig ist:

„Ich habe auch noch gelernt, dass die reicheren Bereiche den ärmeren Bereichen öfter mal was abgegeben haben. Es wurde dann im Stadtrat zur Spende aufgerufen und dann hat zum Beispiel das reiche Restaurant einen Scheck ausgestellt. Das ist etwas was mich indirekt geprägt hat, als Kind hat man gedacht es ist logisch und natürlich das die mit Geld die mit weniger Geld unterstützen“ (Interviewauszug einer ehemaligen Teilnehmerin).

Grenzenlos ist die Partizipation der Kinder jedoch nicht. So wird beispielsweise die Beteiligung beziehungsweise Selbstbestimmung dort eingeschränkt, wo die Erfahrungen oder Fertigkeiten der Kinder und Jugendlichen aus Sicht der Erwachsenen nicht ausreichen, weil es gefährlich oder zu konfliktreich wird, zum Beispiel bei den Themen Kriminalität und Bestrafung.

Letztlich bleibt zu diskutieren, ob beziehungsweise inwieweit die Kinderstädte der Idee einer „Just Community“ (Kohlberg 1971) entsprechen, die Demokratie konkret erlebbar macht, und welche Aspekte der Selbstregulierung hier tatsächlich verwirklicht werden können. Von großer Bedeutung ist dabei die Frage, inwieweit es tatsächlich reale Mitbestimmung und Durchsetzungsmöglichkeiten für die Kinder gibt, und ob hier die von Richter formulierte „Erziehung zur Mündigkeit in Mündigkeit“ (1991, S. 150) tatsächlich angewandt wird oder ob der Spielcharakter die Partizipation dann doch nur zu einer Spielweise in einem großen Planspiel macht.

4 Kinderstädte in der Corona-Zeit | Nach dem oben skizzierten ersten Treffen der NRW-Kinderstädte 2019 sollte im Sommer 2020 ein weiteres Lehrforschungsseminar an der Hochschule Düsseldorf zum Thema Kinderstädte durchgeführt werden. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde dieses Seminar abgesagt sowie die meisten Kinderstädte zunächst auch. Doch dann hörten wir von Kinderstädten, die in sehr viel kleinerem Rahmen und anderem Konzept durchgeführt wurden.

Um der Frage nachzugehen, ob und wie Kinderstädte in der Corona-Zeit realisiert werden können, führten wir deshalb am 24.11.2020 eine Videokonferenz für Kinderstädte aus NRW durch, an der sich Vertreter:innen aus zwölf Kommunen mit insgesamt 14 Kinderstädten beteiligten. Während dieses Treffens gab es interessante Berichte aus einigen Kommunen, in denen alternativ zu den üblichen Kinderstädten kreative Workshops für Kinder durchgeführt wurden; andere berichteten von einer Kinderstadt in Bezugsgruppen.

Auf der Grundlage dieses Austausches führten wir in den Wochen danach zehn Interviews mit Vertreter:innen von Kinderstädten aus verschiedenen Städten, um insbesondere die Veränderung der Konzepte in der Corona-Zeit besser verfolgen und untersuchen zu können. Die Interviews bestanden aus zwei Teilen: Im ersten Teil ging es um einen Rückblick auf die Kinderstadt 2020, vor allen Dingen in Bezug auf Veränderungen gegenüber dem üblichen Verlauf: Finanzierung, Vorbereitungszeit und Hygienekonzepte, Mitarbeiter:innen, Kooperationspartner:innen (zum Beispiel Schule, Kinder- und Jugendarbeit), Orte, Anzahl der Teilnehmer:innen, Teilnehmer:innen-Struktur, Kleingruppen- beziehungsweise Bezugsgruppenkonzept, Format (zum Beispiel Werkstätten), neue Möglichkeiten/ingeschränkte Möglichkeiten von Angeboten oder auch die Beteiligung durch Politik und Verwaltung. Auch die Frage nach positiven und neuen Erfahrungen wurde gestellt. Der zweite Teil befasste sich mit dem Stand der Planungen für Kinderstädte im Jahr 2021.

4-1 Einschränkungen und Bezugsgruppen-Konzept | In den zwölf Interviews wurde berichtet, dass in zwei Kommunen die Kinderstadt ersatzlos ausgefallen war, in drei Kommunen wurden anstelle der Kinderstadt Workshops und ähnliches durchge-

führt und in vier Kommunen mit insgesamt sechs Kinderstädten wurden diese in einem veränderten Format durchgeführt. Der Durchführungszeitraum der Kinderstädte in der Corona-Zeit lag in den Sommerferien in NRW, also im Juli 2020. In dieser Zeit gab es ein geöffnetes Konzept im Umgang mit der Pandemie, das für die Kinder- und Jugendarbeit Bezugsgruppen mit maximal zehn Personen vorsah.

In den sechs Kinderstädten, die unter veränderten Bedingungen stattgefunden haben, fällt zunächst auf, wie wichtig die Ortsfrage in Corona-Zeiten war: drei der fünf Kinderstädte fanden mehr oder weniger völlig im Freien statt (inklusive Zelte) und auch die anderen verfügten über große Außengelände, sodass Abstandsregeln eingehalten werden konnten. Der Ausfall der Kinderstädte wurde in den Kommunen zumeist auch mit der Ortsfrage begründet, wenn zum Beispiel die Kinderstädte in einem Schulgebäude durchgeführt werden sollten.

Alle Kinderstädte, die trotz Einschränkungen durchgeführt wurden, zeichneten sich dadurch aus, dass die teilnehmenden Kinder in Bezugsgruppen mit maximal zehn Teilnehmer:innen eingeteilt wurden, die dann auch während der Kinderstadt weitgehend in ihrer Gruppe blieben und zum Teil auch wenig Kontakt untereinander und zwischen den Gruppen hatten. Mit der Einführung des Bezugsgruppenkonzeptes entfiel in allen durchgeführten Kinderstädten die freie Wahl für die einzelnen Kinder und der sonst übliche Wechsel zwischen einzelnen Bereichen beziehungsweise die Wahl zwischen einem breiteren Angebot an Aktionen. Dies wurde in der Diskussion auch als einer der wichtigsten Unterschiede zwischen den „normalen“ und den Kinderstädten mit Bezugsgruppenkonzept gekennzeichnet. Einige Vertreter:innen sahen dies auch als Hauptgrund für ihre Entscheidung, selbst keine Kinderstadt durchführen zu können.

4-2 Politik in den eingeschränkten Kinderstädten? | Für unser Thema besonders interessant ist die Frage, inwieweit die sonst üblichen politischen Systeme aus Kinderstädten mit Wahlen, manchmal sogar Parteien, Stadtrat und Bürgermeister:innen überhaupt im Rahmen des Bezugsgruppenkonzeptes durchgeführt werden konnten. Bei diesem Thema mussten wohl die größten Abstriche gegenüber den „normalen“ Kinderstädten gemacht werden. Besonders die sonst oft veranstalteten größeren Versamm-

lungen konnten aufgrund der Hygieneverordnungen nicht durchgeführt werden, sodass auch die Wahlen von Vertreter:innen oder Bürgermeister:innen meist nicht stattgefunden haben. Dennoch gab es in einigen Kinderstädten den Versuch, das politische System zu „retten“, beziehungsweise auch unter den erschwerten Bedingungen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen. So wurde in einem Beispiel die Bürger:innenversammlung ersetzt durch ein Sprecher:innen-System aus den einzelnen Gruppen:

„Nein, wir hatten keine Bürgerversammlung, wir hatten Veedels-Sprecher, also in den einzelnen Gruppen gab es jemanden, der die Gruppen vertritt, und die trafen sich dann nachmittags zur Veedels-Sprecher-Sitzung und hier hat man geguckt Wie geht es Eurer Gruppe? Gibt es etwas, was wir verändern sollten? Habt Ihr Wünsche?“ (Interview 7, Z. 104-107)

Das System der „Veedelssprecher:in“ ist an vorhandene Konzepte angelehnt, zum Beispiel aus Ferienlagern, in denen die einzelnen Zelte jeweils Sprecher:innen wählen. So konnte auch nach Einschätzung der Fachkräfte zumindest die Beteiligung von Kindern in den Bezugsgruppen gewährleistet werden: *„Ich finde, rudimentäres Demokratisches war doch dann da!“ (ebd., Z. 143-145)*

In einer anderen Kinderstadt wurde auch das System der Wahlen beibehalten. Dies wurde realisiert durch die Unterstützung der Stadtverwaltung und dadurch, dass iPads zur Verfügung gestellt wurden: *„Die Stadt hat uns für jede Bezugsgruppe iPads zur Verfügung gestellt, eine städtische Mitarbeiterin hat das Bürgermeisteramt koordiniert und morgens während der Großversammlung wurde bekannt gegeben, dass ein neuer Bürgermeister/eine neue Bürgermeisterin gesucht wird und alle, die Interesse haben, sollen das einem Mitarbeiter sagen und das wurde dann weitergeleitet. Die Mitarbeiterin hat mit den Kindern anschließend Videos geschnitten, die wurden dann präsentiert und die Kinder konnten daraufhin in ihren Bezugsgruppen mit Zetteln wählen. Auf diese Weise haben wir für jede Woche einen neuen Bürgermeister/eine neue Bürgermeisterin gewählt“ (Interview 6, Z. 74-81).*

Die Durchführung des Stadtrates wurde in diesem Beispiel dadurch möglich gemacht, dass man sich auf einer großen Fläche traf, um dort in genügendem Abstand die Besprechungen abzuhalten und so wurden

dort auch in einer Großversammlung die umgesetzten Wünsche und Themen verkündet. „Die Mitarbeiterin wusste, wer zum Stadtrat gehört und dann haben sie sich auf einer großen Fläche getroffen und haben dann verschiedene Themen diskutiert, die umgesetzten Wünsche wurden am nächsten Morgen während der Großversammlung von dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin oder vom Stadtrat verkündet“ (ebd., Z. 86-89).

Die Gesamteinschätzung im Hinblick auf die Frage, ob die Philosophie einer Kinderstadt in diesen Bezugsgruppenkonzepten verwirklicht werden konnte, wurde kontrovers diskutiert und äußerte sich zum Beispiel in den Interviews in sehr unterschiedlichen Einschätzungen. In der Selbsteinschätzung der Fachkräfte zu den von ihnen durchgeführten Kinderstädten gab es auch Positionen, in denen klar auf das Fehlen wichtiger Elemente hingewiesen wurde; die Fachkräfte sprachen dann von einer Kinderstadt mit Abstrichen. Einig war man sich darin, dass es im Corona-Jahr 2020 wichtig war, im Rahmen der Ferienprogramme Angebote für Kinder zu machen. Deshalb wurden die Workshops als Alternative positiv eingeschätzt. Dazu wurde deutlich gesagt, dass ein Workshop-Programm nichts mit einer Kinderstadt gemein habe. An dieser Stelle wurde auch noch einmal die schon oben diskutierte Frage deutlich, ob die Philosophie einer Kinderstadt darin bestehen soll, eine realistische Stadt durch Kinder nachzuspielen im Rahmen eines Planspiels oder ob es eher darum geht, in einem sehr offenen Konzept die Phantasie der Kinder in den Mittelpunkt zu stellen, das Unkontrollierte, die freie Wahl bis hin zur „Anarchie“: Diese Elemente waren unter den einschränkenden Bedingungen in keiner Weise durchführbar.

5 Resümee und Ausblick | Im März 2021, als dieser Beitrag entstand, konnten von den befragten Kommunen noch keine konkreten Planungen für 2021 angegeben werden, da die Corona-Situation weiterhin unsicher war. Die meisten Träger gingen nicht davon aus, dass die Pandemie-Situation im Sommer 2021 wieder völlig ohne Einschränkungen ist. Natürlich bestand aber die Hoffnung auf eine Situation, in der die Kinderstädte nach ähnlichen Konzepten wie vor der Corona-Krise durchgeführt werden können. Erwartet wurde jedoch, dass auch 2021 keine Kinderstädte mit ursprünglichem Konzept durchgeführt werden können, sondern eher mit einem Kleingruppenkonzept realisiert werden müssen.

Bezogen auf das Thema Partizipation und Beteiligung, beziehungsweise die Installierung eines politischen Systems in den Kindestädten, muss man sagen, dass die Einführung eines Bezugsgruppenkonzeptes unter Corona-Bedingungen im Wesentlichen dazu geführt hat, dass wichtige demokratische Elemente, wie Wahlen oder offene Versammlungsformen nicht stattfinden konnten. Die Frage, ob der Digitalisierungsschub in der Kinder- und Jugendarbeit nun auch die Kinderstädte erreicht, so wie in einem Beispiel schon angedeutet, und auch für die Umsetzung eines demokratischen Systems genutzt werden kann, bleibt offen.

Ulrich Deinet ist Professor für Didaktik/Methodik der Sozialpädagogik an der Hochschule Düsseldorf, Leiter der Forschungsstelle für sozialraumorientierte Praxisforschung und -entwicklung sowie Mitherausgeber des Online-Journals sozialraum.de. E-Mail: ulrich.deinet@hs-duesseldorf.de

Lisa Scholten ist Soziologin, M.A., und Sozialarbeiterin, B.A., und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Hochschule Düsseldorf. E-Mail: lisa.scholten@hs-duesseldorf.de

Dieser Beitrag wurde im Rahmen einer double-blind Peer Review begutachtet und am 12.3.2021 zur Veröffentlichung angenommen.

Literatur

- Burgstaller**, Petra: Zukunft: Spiel. Am Beispiel der Kinderstadt Mini-Salzburg. Salzburg 2005
- Deinet**, Ulrich: Methodenbuch Sozialraum. Wiesbaden 2012
- Grüneisl**, Gerd; Zacharias, Wolfgang: Die Kinderstadt – eine Schule des Lebens. Reinbek bei Hamburg 1989
- Kamp**, Johannes-Martin: Kinderrepubliken. Geschichte, Praxis und Theorie radikaler Selbstregierung in Kinder- und Jugendheimen. Wiesbaden 1995
- Kohlberg**, Lawrence: Zur kognitiven Entwicklung des Kindes. Frankfurt am Main 1971
- Knauer**, Reingard; Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Demokratische Partizipation von Kindern. Weinheim 2016
- Kultur & Spielraum e.V.** (Hrsg.): Die Spielstadt. Perspektiven auf ein pädagogisches Phänomen. München 2020
- Mayring**, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken. Weinheim und Basel 2015
- Richter**, Horst: Der pädagogische Diskurs. Versuch über den pädagogischen Grundgedanken. In: Peukert, Helmut; Scheuerl, Hans (Hrsg.): Wilhelm Flitner und die Frage nach einer allgemeinen Erziehungswissenschaft im 20. Jahrhundert. Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft 26. Weinheim und Basel 1991, S. 141-153